

Am vergangenen Wochenende hat sich die Stadtratsfraktion „Mein Grevenbroich“ zu ihren Beratungen zum Haushaltsentwurf 2016 getroffen.

Im Verlauf der Klausurtagung wurde einmal mehr deutlich, dass eine Vorausplanung und Steuerung unserer Stadt für die Politik auf Grund fehlender belastbarer Zahlen nur eingeschränkt möglich ist. Wir treffen Entscheidungen auf Grundlage von Annahmen, nicht auf Basis eindeutiger Rechnungsergebnisse.

Für strategische und zielgerichtete Entscheidungen brauchen wir jedoch verlässliche Zahlen, die die tatsächliche Haushaltssituation beschreiben; eine Forderung, die sich alljährlich wiederholen lässt.

Schon seit 2010 ist ein Gesamtabchluss (einschließlich der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung, dem Gesamtanhang) für Kommunen verpflichtend. Dieser liegt dem Rat nach wie vor nicht vor. Der Gesamtabchluss fasst den Jahresabschluss der Stadt und die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche zusammen und ist analog zu einem Konzernabschluss der Privatwirtschaft zu sehen. Bisher liegt lediglich ein Jahresabschluss 2013 vor. Da wir aktuell über den Haushaltsentwurf 2016 zu entscheiden haben, reichen die Zahlen nicht, um die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Grevenbroich und ihrer Betriebe in Gesamtheit abzubilden und damit eine realistische Bewertung des „Unternehmens Stadt“ vornehmen zu können.

Auch das von uns geforderte Beteiligungsmanagement reduziert die Verwaltung aus unserer Sicht nach wie vor auf einen Beteiligungsbericht, der nur einen Aspekt eines professionellen Beteiligungsmanagements abbildet. Der vorgelegte Beteiligungsbericht dient ausschließlich der Dokumentation des kommunalen Beteiligungsvermögens und der Information der Öffentlichkeit, eignet sich aber nicht für eine zukunftsorientierte Steuerung im Verlauf eines Geschäftsjahres, da Daten und Informationen ausschließlich retrospektiv betrachtet werden.

Wir hoffen, dass der neue Bürgermeister Klaus Krützen hier zu kurzfristigen Lösungen kommt, die eine ganzheitliche strategische Planung zulassen.

Weitere Themenschwerpunkte der Klausurtagung waren:

KITA-Gebühren

Eine Erhöhung der KITA-Gebühren lehnen wir vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ab und lenken den Blick auf die zwingende Notwendigkeit der Förderung von Familien. Allerdings fordern wir die Verwaltung auf, das Forderungsmanagement zu optimieren und die jährliche einkommensabhängige Einstufung verwaltungsseitig vorzunehmen. Derzeit erfolgt die Einstufung zur Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt Grevenbroich durch die verbindliche Erklärung zum Elterneinkommen durch die Eltern, aus unserer Sicht liegt es jedoch in der Verantwortung der Verwaltung, Einkommensnachweise in Form des jährlichen Steuerbescheides anzufordern und die entsprechende Einstufung vorzunehmen. So ist sicherzustellen, dass eine gesetzeskonforme und gerechte Bewertung vorgenommen werden kann.

Wir fordern ein Interkommunales Beschaffungswesen zur Kostenreduzierung

Durch die Bildung von Einkaufsgemeinschaft mit anderen Kommunen im Rhein-Kreis-Neuss ist zu erwarten, dass der Einkaufspreis für Verbrauchs- und Gebrauchsmaterial und Großinvestitionen deutlich unter dem der Einzelbeauftragung liegt und somit erhebliche Kosten gespart werden können. Die hier möglichen Einsparpotentiale müssen umfassend ausgenutzt werden.

Deshalb soll die Verwaltung alle Produktbereiche qualifizieren, die für eine interkommunale Materialbeschaffung in Frage kommen und mit den Städten und Gemeinden im RKN, sowie mit dem RKN Gespräche zur Umsetzung eines gemeinsamen Beschaffungswesens aufnehmen.

Dies bezieht sich insbesondere auf den Einkauf von Fahrzeugen, Schutzkleidung, Büromaterial, Büro- und Kommunikationstechnik und sonstigen Verbrauchs- und Gebrauchsmaterialien.

Der Zustrom von Flüchtlingen wird uns in den nächsten Jahren in allen Lebensbereichen tangieren.

Die Flüchtlingsströme, die Deutschland erreichen, werden sich verschärfend auf die Sozialkosten der Stadt auswirken. Auch wenn man davon ausgehen darf, dass ein Teil der geflüchteten Menschen langfristig einen Beitrag zur Abmilderung des Fachkräftemangels und zu den Auswirkungen des demographischen Wandels leisten können, so stehen wir heute vor den Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Integration in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die Kosten, die den Städten und Gemeinden pro Flüchtling entstehen, werden derzeit gerade mal zu einem Drittel durch den Bund oder das Land gedeckt. Gerade diese Problematik zeigt, wie wenig das Konnexitätsprinzip eingehalten wird, dass Land und Bund zwar mannigfaltige Aufgaben an die Kommunen delegieren, die Kosten dafür aber nicht angemessen tragen.

Selbstverständlich müssen die geflüchteten Menschen in unserer Stadt gut und sicher untergebracht werden. Es kann aber nicht sein, dass Städte und Gemeinden, die ohnehin in finanziellen schwierigen Haushaltslagen sind, den überwiegenden Teil der Lasten zu bewältigen haben und gleichzeitig erwartet wird, dass Sanierungspläne eingehalten werden. Deutlich sprechen wir uns zudem für die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten aus, kein Stadtteil darf dabei ausgenommen werden. Eine Konzentration vieler Menschen auf wenige Stadtteile ist für die Integration aus unserer Sicht nicht förderlich. Zudem ist es uns seit langer Zeit ein großes Anliegen, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen einzubeziehen, bevor Fakten geschaffen werden. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger verstehen, was vor ihrer Haustüre passiert, können sie Notwendigkeiten akzeptieren und mitwirken, dass Integration vor Ort funktioniert.

Weitere unkalkulierbare Haushaltsrisiken:

Kontinuierlich steigen die Kosten für die Hilfen zur Erziehung, die Kita-Ausgaben und die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Insbesondere beim Thema Inklusion an Schulen beteiligt sich das Land insgesamt, wie auch in Grevenbroich zu wenig an den hohen Kosten für die Umsetzung.

Die Entscheidung für das Abschalten von Braunkohleblöcken in Frimmersdorf und Neurath wird Einfluss auf die Gewerbesteuerereinnahmen und, durch den Abbau von Arbeitsplätzen, auch auf die anteilige Einkommensteuer haben.

Grevenbroich ist bis dato in hohem Maße abhängig von der Großindustrie, weil über viele Jahre versäumt wurde, einen kontinuierlichen Strukturwandel hin zur Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen und Dienstleister auf den Weg zu bringen und die Verteilung der Steuerleistungen auf viele Schultern zu fördern. Hinzu kommen fehlende Gewerbeflächen zur Ansiedlung innovativer Unternehmen. Darüber hinaus belasten steigende Personal- und Pensionsrückstellungskosten den städtischen Etat.

Das alles lässt befürchten, dass der Haushaltsausgleich trotz des im Jahr 2014 aufgestellten Sanierungsplans im Jahr 2024 aus eigener Kraft und mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu erreichen ist.

Das heißt aber nicht, dass sich Grevenbroich nun seinem Schicksal ergeben darf. Überall dort, wo die schlechte Haushaltssituation hausgemacht ist, müssen wir konsequent handeln.

Bei der Umstrukturierung der WGV muss jedwede vorgeschlagene Lösung ohne politische Ideologien diskutiert und fraktionsübergreifend beraten und im Sinne der Stadt entschieden werden. Dabei sollten Schnellschüsse vermieden und jede zusätzliche Information und Beratung genutzt werden. Themenkomplexe, wie beispielsweise ein interkommunales Beschaffungswesen, der Betrieb eines interkommunalen Personalamtes mit den Nachbarkommunen, sowie die Optimierung des Forderungsmanagements und der Dienstleistungsstrukturen innerhalb der Verwaltung haben in der Vergangenheit leider viel zu wenig Beachtung gefunden.

Viel zu sehr wurde der Mangel verwaltet und die Abgabenspirale nach oben geschraubt, statt durch das Beschreiten neuer Wege die Zukunft des „Unternehmens Stadt“ zu gestalten und zu sichern. Zwar kommt durch Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B kurzfristig Geld in die Kassen, langfristig verlieren wir jedoch an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Mittelstädten. Eine Tatsache, die einen zielgerichteten Strukturwandel zur Ansiedlung von Klein- und Mittelständischen Unternehmen und Dienstleistern, sowie die gemeinsame Nutzung interkommunaler Gewerbeflächen mit den Nachbarstädten nicht fördert.

Strukturwandel bedeutet für uns nicht nur Projekte und Maßnahmen für die Zeit nach der Braunkohle, sondern auch eine konsequente Verwaltungsstrukturreform auf den Weg zu bringen. Jeder weiß, dass Grevenbroich kein Einnahmen- sondern vielmehr ein Ausgabenproblem hat, schlichtweg über seine Verhältnisse lebt.

Zu den größten Ausgabenpositionen gehören die Transferleistungen an den Rheinkreis Neuss in Form der Kreisumlage, aber auch der „Fond deutsche Einheit“ und der „Kommunal-Soli“.

Selbstverständlich ist der Landrat des Rheinkreises Neuss gesetzlich verpflichtet über das Umlagesystem für einen ausgeglichenen Kreishaushalt zu sorgen. Allerdings sind der Landrat und die Kreistagsabgeordneten aller Parteien auch gefordert, jede Ausgabe und jede freiwillige Leistung des Kreises auf den Prüfstand zu stellen. Teure Prestigeobjekte darf sich der Rheinkreis Neuss nicht leisten, insbesondere, wenn die kreisangehörigen Städte und Gemeinden dafür durch die Kreisumlage mit zur Kasse gebeten werden.

Am Ende sind wir der Auffassung, dass nur eine komplette Neuordnung der kommunalen Finanzen durch Land und Bund den Städten und Gemeinden, die sich wie Grevenbroich in einer desolaten Haushaltssituation befinden, dazu verhelfen wird, zu ausgeglichenen Finanzen zu kommen. Aus eigener Kraft wird das nicht gelingen können, selbst wenn alle freiwilligen Leistungen gestrichen und nur noch das unbedingt Notwendige in den Städten und Gemeinden erledigt wird.

Besten Dank und freundliche Grüße



Fraktionsvorsitzende



stellv. Vorsitzende